

FEHLST ART

Ende August 2005 waren bundesweit noch **195.317** Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Bei gleichzeitig **50.667** offenen Stellen entspricht das einem Verhältnis von fast 1:4. Von freier Ausbildungsplatzwahl kann da bei bestem Willen nicht die Rede sein.

Auch im **Arbeitsamtbezirk Herford** sieht es nicht besser aus: Hier suchen derzeit noch 1456 Jugendliche bei 227 offenen Stellen einen Ausbildungsplatz. Somit fallen auf 100 BewerberInnen gerade mal 16 Stellen. Die Zahl derer, die in Warteschleifenmaßnahmen stecken, ist hierbei nicht berücksichtigt. Tatsächlich ist also die Angebot-Nachfrage Relation noch viel dramatischer. Mehr noch, das Ende der Fahnenstange scheint noch nicht erreicht zu sein. Allein im Vergleich zum letzten Jahr ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 12,9 Prozent gesunken.

Real gibt es nur eine einzige Lösung des Problems:

Die Unternehmen müssen gezwungen werden mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Politik tat das Gegenteil. In ihrem Bestreben, den Unternehmern möglichst viel Gutes zu tun, schoben sie im vergangenen Jahr die Ausbildungsabgabe aufs ewige Eis.

Mit der Ausbildungsabgabe sollten Betriebe, deren Ausbildungsquote zu gering ist, zur Ausbildung gezwungen werden. Die Abgabe wurde gegen ein vages Versprechen mehr Ausbildungs- und Praktikumsplätze zu schaffen fallengelassen. Die Versprechen wurden nicht eingehalten.

Das störte die PolitikerInnen nicht weiter. Sie hatten schnell Schuldige für die Misere ausgemacht: die Ausbildungsplatzsuchenden selbst. Diese seien zu faul, zu unpünktlich, zu teuer und hätten in der Schule nicht ordentlich aufgepasst... Auch die PISA-Studie wird immer wieder als Faustkeil gegen die Ausbildungsplatzsuchenden verwandt. Typisch, nicht der, aufgrund von jahrelangen Sparmaßnahmen, marode Zustand der Schulen ist Schuld an der Bildungsmisere. Nein, die Betroffenen oder besser die Opfer werden zu Schuldigen erklärt. Da nimmt es auch nicht Wunder, dass Arbeitsagenturen anstatt auf eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen auf Druckmittel setzen. Die „freie Berufswahl“ wird durch den Zwang zur Annahme von zum Beispiel 1,50-Euro-Jobs und anderen miesen „Beschäftigungsverhältnissen“ ersetzt. Formulierten Berufswünsche werden als „verwöhnt sein“ diskreditiert. Wahrlich eine Unverschämtheit!



Herford für Ausbildung?

Selbst in der Stadt Herford reagierte der Stadtrat 2004 mit Empörung auf die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe. Das Gesetz hätte 150.000 Euro gekostet und damit höchstwahrscheinlich das üppige MARTa-Budget (*Baukosten: 28,8 Millionen Euro, Betriebskosten: 3,2 Millionen Euro*) geschmälert.

Interessant war auch die Empfehlung des örtlichen Arbeitsamtschefs an leer ausgegangene Ausbildungsplatzsuchende sich doch Ausbildungsplätze **im Ausland** zu suchen.

Es hilft alles nichts, die Ausbildungsplatzsuchenden haben keine Interessenvertretung. Wir müssen unsere Interessen selbst vertreten. Protestieren wir öffentlich gegen die Ausbildungsmisere. Präsentieren wir den Parteien unsere Forderungen. Im Wahlkampf bietet sich genügend Gelegenheit dazu.

Wir fordern:

Freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl!
 Ausbildungsplätze für alle!
 Stopp mit der Beschimpfung arbeitsloser Jugendlicher!
 Mehr Geld für Schulen!



Kinderarmut um 55 Prozent gestiegen

Nach neuesten Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stieg die Zahl der in der Bundesrepublik am Existenzminimum lebenden Kinder unter 15 Jahren seit Ende 2004 von 960.000 auf 1,5 Millionen (+55 %) an. Hinzu kämen weitere 200.000, die statistisch nicht erfasst seien. Jedes 7. Kind in der Bundesrepublik lebt in Armut. In Berlin beträgt der Anteil der in Armut lebenden Kinder gar 29,9 Prozent. Verantwortlich für diesen dramatischen Anstieg sind unter anderem die Hartz IV Gesetze. Das im Januar eingeführte Arbeitslosengeld II liegt etwa 20 Prozent unter der vorherigen Arbeitslosenhilfe. Das „Sozialgeld“ der Kinder von ALG-II Familien liegt bei monatlich 207 Euro.

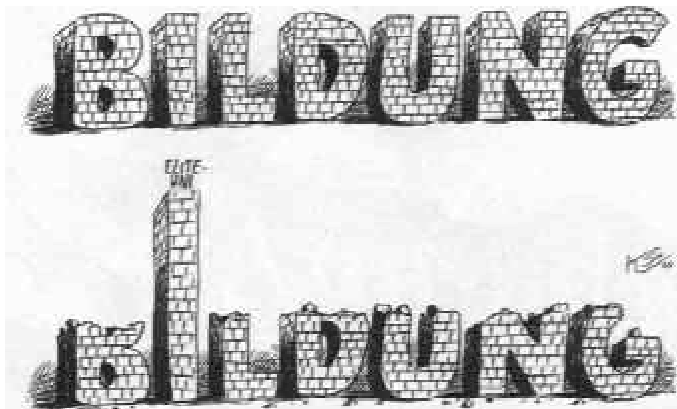
Laut DPWV seien mit diesem Betrag die notwendigen Schulmaterialien nicht zu finanzieren. Auch seien damit „kein Musikunterricht, kein Sportverein, Zoobesuch, Computerkurs oder Nachhilfeunterricht möglich“.

Kinderarmut bedeutet ein Leben am Rande der Gesellschaft, Ausgrenzung von Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten. Kinderarmut ist ein Skandal hier wie überall auf der Welt. Ein besonderer Skandal ist es, dass diese Armut von den Bundesdeutschen Politikern gebilligt und durch den massiven Sozialabbau forciert wird.

Tabu gebrochen:

Studiengebühren fürs Erststudium

In beinahe allen Bundesländern werden bereits Studiengebühren für „Langzeitstudenten“ oder Zweitstudenten erhoben. Nachdem die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes, das die Gebührenfreiheit des Erststudiums festschrieb, vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde, ist es jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die Einführung von Studiengebühren fürs Erststudium länderübergreifend durchsetzt.



Das Land Baden-Württemberg wird ab 2007 pro Semester Gebühren in Höhe von 500 Euro erheben. Dem Präsidenten der deutschen Hochschulrektoren nicht genug: ginge es nach ihm, sollte dieser Betrag auf 2500 Euro pro Jahr aufgestockt werden. Dass die Wirtschaft und Politik diese Auffassung nach mehr „Selbstverantwortung“ teilt, dürfte ohnehin klar sein.

Mit zunehmendem Maße stellt sich heraus, dass Bildung immer mehr zum Privileg einer zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppe wird.

Uni konkret

In den Universitäten selbst kommt die Bildungskeule natürlich auch nicht zu kurz. Die Kenntnis von dürtig ausgestatteten Bibliotheken, überfüllten Hörsälen, die Abschaffung von „unwirtschaftlichen“ Studiengängen und vieles Anderes bleibt meist jedoch nur den StudentInnen vorenthalten.

Grenzenloses Verlangen

Auszubildende sollen Krise bezahlen

Um der Krise auf dem Lehrstellenmarkt Herr zu werden, schlug der DIHK-Chef Ludwig Georg Braun (Industrie und Handelskammer) eine generelle Absenkung der Ausbildungsvergütung auf 270 Euro und die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten (sprich Arbeitszeitverlängerung) für Jugendliche vor.

Es mache für Braun keinen Sinn, wenn eine 17-jährige Auszubildende zur Restaurantfachfrau um 22 Uhr nach Hause gehen muß, wenn noch alle Tische besetzt sind. Den Betrieben sollen Auszubildende als flexibel einsetzbare Billigstarbeitskräfte dienen.

Ebenso wenig Sinn macht es für ihn, dass Unternehmen die von der Ausbildung der Jugendlichen profitieren, auch noch die Ausbildung zahlen sollten. Zwecks Erhöhung der Unternehmensgewinne will man wie bei Erwachsenen den Ausbildungsnotstand und Massenarbeitslosigkeit als Geißel nutzen, um Arbeitsbedingungen zu schleifen und Ausbildungsvergütungen zu kürzen.

Umverteilung in Herford

„Des einen Leid, ist des anderen Freud“

28,8 Mio. Euro kostete das MARTa-Museum und weitere 3,2 Millionen Euro jedes Jahr an Betriebskosten. Die schwerwiegenden Konsequenzen bspw. für die Herforder SchülerInnen sind letztendlich bei dieser Geldverschwendung einkalkuliert. So gibt es Überlegungen, die Stelle einer Hauptschul-Sozialarbeiterin einzusparen, die u.a. den SchülerInnen bei der Ausbildungsplatzsuche hilft.

Dabei interessiert es den Stadtrat nicht, dass besonders die HauptschülerInnen von der Ausbildungsplatzkatastrophe betroffen sind. Diese Gelder werden an anderer Stelle aus dem Fenster geworfen. Erst neulich wurden 48.000 Euro für einen schrottreifen Helikopter für das MARTa-Revier ausgegeben.

